



# Sauberer heizen statt Fahrverbot

Die Sozialpartner befeuern Feinstaubdebatte mit einem Alternativvorschlag zur Umweltzone. Der Tenor: nur sanfte Maßnahmen beim Verkehr, dafür strengeres Vorgehen beim Heizen.

GÜNTER PILCH

**D**ie Sozialpartner und die Autofahrerklubs wollen beim Feinstaub nicht länger als Verhinderer dastehen und schreiten zur Tat. Vor versammelter Presse unterzeichneten gestern die Köpfe von Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Industriellenvereinigung, Gewerkschaftsbund, ÖAMTC und Arbö einen „Pakt für die Umwelt“. Die Kernforderung an die Politik: keine Umweltzone mit Fahrverboten in Graz, dafür mehr Aktionen im Heizungsbereich.

Beim Verkehr beschränkt sich das 13 Punkte umfassende Feinstaubprogramm der Sozialpartner wenig überraschend auf sanfte Maßnahmen. So soll es vergünstigte Zweit-Jahreskarten für Familien bei den GVB geben, Taktverdichtungen beim öffentlichen Verkehr und Umweltprämien des Landes bei neuen Pkws (siehe auch rechts).

Mehr Zähne zeigt das Papier im Bereich der Heizungen, wo bestehende Verbote nicht überwacht würden. „Es gibt in Graz

keine Behörde, die die Heizanlagen kontrolliert“, kritisiert Wirtschaftskammerpräsident Ulfried Hainzl. So gebe es im Stadtgebiet unzählige kleine Schwedenöfen, die man im Baumarkt kaufen kann. Schätzungen gehen von mehr als 100.000 solcher Anlagen aus. „Die Politik greift nicht ein, obwohl diese Heizungen nicht erlaubt sind, weil sie viel Feinstaub produzieren“, sagt Hainzl.

Würden diese Kleinheizungen in den Wohnungen und Häusern tatsächlich reduziert und startet man gleichzeitig ein von den Sozialpartnern ebenfalls gefordertes Förderprogramm zum Austausch alter Kessel, bringe das unter dem Strich wesentlich mehr Staubentlastung als die viel diskutierte Umweltzone, rechnet Franz Pretenthaler vom Joanneum Research vor.

Insgesamt 18 Tonnen Feinstaub pro Winter könnten die 13 Maßnahmen der Sozialpartner einsparen, so der Ökonom. „Umgelegt auf 2009 hätte das für Graz 14 Überschreitungstage weniger bedeutet.“ Die Gesamtkosten des Pakets liegen laut Pretenthaler bei jährlich 50 Millionen Euro. „Eine Umweltzone dagegen würde volkswirtschaftliche Kosten von zumindest 400 Millionen Euro nach sich ziehen.“

Den Pakt sehen die Sozialpartner als „Vorschlag an die Politik“. Ein Vorschlag, der vom neuen Umweltlandesrat Gerhard Kurzmann (FPÖ), der einer Umweltzone ohnehin schon eine Absage erteilt hatte, bereits „erfreut zur Kenntnis genommen“ wurde.

„Wir wollen konstruktiv zum Thema beitragen, sind für einseitige Belastungen aber sicher nicht zu haben.“

**Ulfried Hainzl,**  
Wirtschaftskammerpräsident